

Demokratisches Mitspracherecht

Leider kann ich einige Aussagen des Herrn Schreck nicht unkommentiert stehen lassen. Der Gemeinderat von Sulzbach hat einen gültigen Beschluss gefasst, der besagt, dass der Markt Sulzbach die Variante 1b westlich der Bahnlinie unterstützt. Als einzige Voraussetzung für die Realisierung des Vorhabens wurde der Nachweis einer wesentlichen Entlastung (um 40 bis 50 Prozent) angeführt.

Die Marktgemeinde erläuterte die Beschlussfassung in einem Schreiben wie folgt: »Es handelt sich hierbei um eine Absichtserklärung, die für den Vorhabensträger als Hilfestellung dient, um grundsätzlich nicht entgegen gemeindlichen Vorstellungen zu planen.« Zur Untersuchung der Nord-Süd-Trasse wäre ein solcher Beschluss zudem nicht nötig gewesen, da das Staatliche Bauamt die verkehrlichen Wirkungen der verschiedenen Varianten ohnehin ermittelt.

Des Weiteren hat sich Landrat Scherf mit seinem Besuch am Tag der Sternwanderung nicht »an die Spitze der Initiativen« gestellt, sondern ist lediglich einer Einladung gefolgt, die in gleicher Form dem Bürgermeister von Sulzbach zugegangen war. Auch in seiner Rede vor Ort sprach sich Herr Scherf in keiner Weise für oder gegen eine Trasse aus, sondern wies lediglich auf Fakten hin und hat deutlich gemacht, dass die schwierige Interessenabwägung der Umgehung Sulzbach absolut offen geführt werden müsse.

Was schlussendlich die Privatinteressen angeht, die Herr Schreck den Bürgerinitiativen vorwirft, so liegt es wohl in der Natur der Sache, dass man sich mit einer Baumaßnahme, die in räumlicher Nähe des eigenen Wohngebietes geplant wird, intensiver befasst und deren Sinn und Auswirkungen sowie das Zustandekommen relevanter Entscheidungen kritischer hinterfragt. Dies ist das demokratische Recht eines jeden Bürgers in unserem Land. Wenn man den Mitgliedern der Bürgerinitiativen dieses Recht abspricht, beschneidet man zugleich die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger auf jeder politischen Ebene! Wer wollte auch darüber entscheiden, welches Argument zu prüfen ist und welchem man das zu Grunde liegen privater Interessen unterstellt?

Marion Gado, Sulzbach